

Wirtschaftsrechnung der Planwirtschaft

Autor(en): **Walter, Emil J.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : sozialistische Monatsschrift**

Band (Jahr): **22 (1942-1943)**

Heft 1

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-334603>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sie wußten, daß der königliche Absolutismus seine Schranke fand an den Privilegien des Adels und des Besitzes, die die Parlamente beherrschten, und daß es deshalb ihr eigener Vorteil war, sich hinter der scheinbaren königlichen Unfehlbarkeit zu verschanzen. Und wer da weiß, daß noch nach den Erhebungen der Jahre 1874 bis 1876 (lies *achtzehnhundert*) sich 2198 Grundeigentümer in die Hälfte, 10911 aber in *über zwei Drittel* der gesamten Bodenfläche Englands teilten, der begreift, wie sehr sich die Loyalität der Großgrundbesitzer und Großkapitalisten gegenüber der Krone lohnte. Die breiten Volksmassen wurden in England durch Sport und Spiele in erträglicher Laune erhalten. Das von Röpke so bewunderte merry old England (lustige alte England) war nach den Stürmen der englischen Revolution und dem Vorherrschen des Puritanismus im 18. Jahrhundert wieder lebendig geworden. Man tanzte, spielte, trank, sang, ergab sich dem Luxus und der Ausschweifung, soweit es die Mittel irgend gestatteten. Auch die Pächter und Handwerker, selbst Proletarier, ergötzen sich an Festen und jeder Art Sport, soweit sie nicht in der sich entwickelnden Industrie in überlanger Arbeitszeit zu Hungerlöhnen fronten oder als Landstreicher zu Zwangsarbeit daheim oder in den Kolonien verdammt waren.

Neben den Nachrichten über das Treiben des Hofes und die Vergnügungen der privilegierten Klasse finden sich in den Chroniken jener Zeit auch Nachrichten anderer Art. Da wurde ein Mörder gehenkt, enthauptet und gevierteilt. Ein Bettler, der sich in einem Stall erhängt hatte, wurde rechtzeitig abgeschnitten, versuchte sich dann aber selbst die Kehle zu durchschneiden und zu ertränken. Eine Magd wurde am Pfahl verbrannt, weil sie am Mord ihrer Herrin beteiligt gewesen sein sollte. Bestrafte, die in den Holzpranger gesperrt worden waren, wurden vom Straßenpublikum mißhandelt. Verbrechen, begangen aus wilder Lebensgier oder bitterster Not, gab es in Menge. Infolge der ungeheuerlichen Enteignung der Bauern im 16. Jahrhundert. Wie schon Marx englischen Geschichtschreibern entnimmt, «wurden 72000 große und kleine Diebe hingerichtet unter der Regierung Heinrichs VIII.». Auch zu Elisabeths Zeiten «wurden Landstreicher reihenweise aufgeknüpft». Im merry old England!

Wie weit wir es heute wieder einmal gebracht haben, erleben wir ja mit Grausen. Und da sollte man sich künftig mit armseligen Flickreformen, mit einem kastrierten, ständisch verkrüppelten Kapitalismus abfinden, wie Röpke es empfiehlt, statt endlich die soziale Demokratie zu verwirklichen?

Wirtschaftsrechnung der Planwirtschaft

Beiträge zum Problem der Organisation der sozialistischen Planwirtschaft

Von E m i l J. W a l t e r

Die Vertreter der neoliberalistischen Schule lehnen den Sozialismus vor allem deshalb ab, weil angeblich bloß die freie Marktwirtschaft die *optimale*, das heißt bestmögliche Versorgung der Gesellschaft mit Gütern sicherstellen könne. Speziell Ludwig v. Mises hat immer wieder behauptet,

die planwirtschaftlich geleitete Produktion widerspreche dem Prinzip der Wirtschaftlichkeit, da in ihr ein einheitlicher Maßstab für die genaue Bewertung der Güter fehle¹. Mit andern Worten, die sozialistische Planwirtschaft sei – wie auch Röpke betont – unfähig, die «Produktion in ihrer Zusammensetzung auf die Bedarfsskala der Bevölkerung abzustimmen». Röpke ist mit anderen Vertretern des Liberalismus von der «klaren Überlegenheit des Kapitalismus» über den Sozialismus überzeugt: «Alle diese vernichtenden Argumente» hätten «weiterblickende sozialistische Theoretiker unserer Zeit veranlaßt, sich neu zu orientieren².»

Wir haben wiederholt auf die sozial so bedeutsame Erscheinung der psychischen Verdrängung unangenehmer Bewußtseinsinhalte und Erkenntnisse hingewiesen, welche nicht nur im Bereich der politischen Entscheidung³, sondern auch im Umkreise der wirtschaftstheoretischen und soziologischen Diskussion beobachtet werden kann. Es gehört auch heute noch zum guten Tone der offiziellen Hochschulwissenschaft, die Arbeitswertlehre als «längst» widerlegt und überholt darzustellen, die marxistische Wirtschaftslehre als eine «Irrlehre» abzutun⁴. Dabei stützt sich die Universitätswissenschaft vornehmlich auf die im «Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik» in den Jahren 1906 und 1907 veröffentlichte Studie von L. von Bortkiewicz über «Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System», welche Studie während langer Jahre als mathematisch einwandfreie «Widerlegung» des Marxschen Systems betrachtet wurde. Im Jahre 1936 haben wir aber in der «Zeitschrift für schweizerische Statistik und Volkswirtschaft» den exakten algebraischen Beweis⁵ dafür angetreten, daß Bortkiewicz unzulässige Rechenmethoden verwendet und die marxistische Wirtschaftstheorie durch diese Arbeit keineswegs widerlegt wurde⁶.

Zwar wurde von Emil Lederer⁷, Hans Peter⁸ u. a. in der Periode vor dem Siege des Nationalsozialismus behauptet, die subjektive Wertlehre (das heißt Grenznutzentheorie) und die objektive Preistheorie (das heißt Arbeitswertlehre) seien «nur zwei verschiedene Arten, die *eine* ökonomische Theorie aufzubauen⁹. Sachlich dürfte diese Auffassung richtig sein. Wenn aber trotzdem mit großer Leidenschaftlichkeit für und gegen

¹ L. v. Mises: «Die Wirtschaftsrechnung im sozialistischen Gemeinwesen» («Archiv für Sozialw. und Sozialpolitik» 47), «Die Gemeinwirtschaft», Jena 1932.

² W. Röpke: «Die Gesellschaftskrise der Gegenwart», S. 246.

³ «Soziologische Geschichtsbetrachtung und moderne Psychologie», Rote Revue 1942, S. 238.

⁴ «Europ. Sozialismus», Zürich 1941, S. 58.

⁵ «Zum Problem der Wertrechnung und Preisrechnung nach Bortkiewicz.»

⁶ Als wir seinerzeit die Vorlesungen des Ordinarius für Nationalökonomie an der Universität Zürich besuchten, vertrat Prof. Saitzew, wie die meisten seiner Kollegen, die Meinung, bloß durch die Vorstellungen der Grenznutzenlehre könne das Wertproblem der Wirtschaftslehre theoretisch gedeutet werden.

⁷ E. Lederer: «Aufriß der ökonom. Theorie», Tübingen 1931.

⁸ Hans Peter: «Grundprobleme der theoretischen Nationalökonomie», Stuttgart 1933.

⁹ I. c. Hans Peter, S. VII.

die Arbeitswertlehre gekämpft wurde und immer noch gekämpft wird, so sind die Gründe für diese Tatsache vornehmlich politischer und psychologischer Natur: die Arbeitswertlehre stellt die produktive Arbeit in den Mittelpunkt der Wirtschaftslehre, rechnet mit Arbeitsstunden und Arbeitstagen, erleichtert gedanklich und gefühlsmäßig den Übergang zu sozialistischen Gedankengängen; die Grenznutzenlehre dagegen übernimmt die Erfahrungen und Vorstellungen des Kaufmanns, des Börsenmaklers und kaufmännischen Direktors, ist angeblich auf die Bedürfnisse des «allmächtigen» Konsumenten ausgerichtet und deshalb schon an und für sich salonfähiger als die Arbeitswertlehre. Die Arbeitswertlehre betont mit Nachdruck, daß der Wirtschaftsprozess vor allem ein Arbeitsprozess ist; die Grenznutzenlehre ist viel eher geeignet, die Tätigkeit der kapitalistischen Unternehmer und Betriebsführer apologetisch zu verherrlichen, als gesellschaftlich notwendig darzustellen.

In der Tat kann man ebenso von der Arbeitswertlehre wie von der Grenznutzenlehre aus zu einer kausalen, respektive funktionalen Erklärung der wirtschaftlichen Vorgänge der kapitalistischen Wirtschaft gelangen. Die Grenznutzenlehre ergibt bei Berücksichtigung der realen sozialen Verhältnisse genau die gleichen Ergebnisse wie die Arbeitswertlehre¹⁰. Immerhin ist die Grenznutzenlehre insofern gegenüber der Arbeitswertlehre benachteiligt, als auch unter Berücksichtigung der durch das Privateigentum an den Produktionsmitteln geschaffenen Machtposition der Unternehmer gegenüber den Arbeitern auf dem Arbeitsmarkt ein viel weniger klares Bild entsteht als bei der direkten Anwendung der Arbeitswertlehre. Nach der Meinung gewisser Theoretiker, denen sich auch Valentin Gitermann angeschlossen hat¹¹, scheint die Arbeitswertlehre das Problem der Bewertung qualifizierter Arbeit nicht lösen zu können. Diese Meinung lehnen wir als unrichtig entschieden ab. Auf dem Arbeitsmarkt werden de facto auch qualifizierte Arbeitsleistungen vergleichbar gemacht, in Tarifverträgen rechtlich fixiert nach genau den gleichen Grundsätzen, nach denen überhaupt Preise (respektive Werte) von Gütern und Dienstleistungen entstehen.

In einer grundlegenden Dissertation über «Planwirtschaft und Außenhandel» (Genfer Dissertation, Lüttich 1936) hebt Karl W. Knapp mit Recht hervor: «Ist man nämlich der Ansicht, daß der Wert *aller* Güter allein durch die Wertschätzungen der miteinander im Tauschverkehr stehenden Individuen bestimmt werde und nur vom Individuum zu bestimmen sei, so ist es nichts anderes als die Wiederholung dieser Feststellung in *negativer* Form, wenn man sagt, daß der Güterwert in einem Wirtschaftssystem *ohne* Tauschverkehr der Individuen nicht ermittelt werden könne. Kann aber der Wert der Güter nicht bestimmt werden, so ist eine wirtschaftliche Verwendung derselben in der Tat nicht möglich. Die Richtigkeit der Misesschen Argumentation läßt sich auf *dieser* (von uns unterstrichen. D. V.) Basis logisch kaum bestreiten¹².»

¹⁰ Siehe E. J. Walter: «Der Kapitalismus», § 14.

¹¹ V. Gitermann: «Die historische Tragik der sozialistischen Idee», S. 79 ff.

¹² Karl W. Knapp, S. 34.

Mit andern Worten, sobald man, wie Mises, die Meinung vertritt, der Wert der Güter lasse sich nur durch die Abschätzung der Bedürfnisse durch die Käufer erklären, somit werde auch der Wert der Produktionsmittel letzten Endes durch den Grenznutzen, das heißt den Nutzen für den letzten kauffähigen Käufer bestimmt, muß man zur Ansicht gelangen, eine planwirtschaftliche Regelung der Wirtschaft vertrage sich nicht mit dem Prinzip der größtmöglichen Wirtschaftlichkeit.

Es ist gewiß kein Zufall, daß die schärfsten Gegner des Sozialismus und der sozialistischen Planwirtschaft zugleich auch Gegner der Arbeitswertlehre sind. Denn – wie die vorliegende Studie wenigstens andeutungsweise zeigen wird – die *Wirtschaftsrechnung der Planwirtschaft ist bloß auf Grund der Arbeitswertlehre möglich*.

Die Skala der individuellen Bedürfnisse ist grenzenlos. Das leidenschaftliche Plädoyer der liberalen Theoretiker für die «Wahlfreiheit» der Konsumenten gegen die «Zivilisationshölle einer angeblich bis aufs letzte durchrationalisierten Gesellschaft¹³, für die kulturelle Freiheit des Individuums gegen die «Vermassung des Kollektivismus» übersieht gänzlich, daß auch innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft die Wahlfreiheit des Konsumenten sehr beschränkt ist und daß – genau genommen – eine gewisse Wahlfreiheit nur für den überdurchschnittlich kauffähigen Konsumenten existiert. Die Masse des arbeitenden Volkes ist durch Zwangsbedürfnisse an die Befriedigung einer eng begrenzten Skala von Bedürfnissen gebunden, einer um so schmäleren Skala, je mehr sich das Einkommen dem Existenzminimum nähert. Da eine sozialistische Planwirtschaft ohne einen wesentlichen Ausgleich der Einkommen nicht denkbar ist, ist allerdings das Jammern der theoretischen Verteidiger des liberalen Kapitalismus über die «Kulturfeindlichkeit» des Sozialismus nicht unverständlich. In der Tat wird mit dem Verschwinden großer und größter Einkommen die «Wahlfreiheit» einer kleinen Oberschicht verschwinden, wird sich die Direktorsgattin nicht mehr damit abquälen müssen, ob sie zu den Festspielen nach Salzburg oder zu den Modeschauen in Deauville oder ins Gesundheitsbad nach Karlsbad reisen soll, ob ein Packard oder eine Roll-Royce-Limousine angeschafft, ob die Villa mit «Umschwung» im Stadtzentrum oder am Seeufer gebaut werden soll. In einer sozialistischen Planwirtschaft wird mit der Freiheit der Ausbeutung auch die «Freiheit» luxuriöser Lebensführung verschwinden. Dafür wird aber die Freiheit der Arbeit gewonnen sein. Und auch die freie Wahl, welches Buch gelesen, welches Theaterstück besucht, welcher Film besichtigt, welche Zeitung abonniert wird, wird keineswegs beschnitten sein. Im Gegenteil. Erst die sozialistische Gesellschaft ist in der Lage, die Massen des arbeitenden Volkes wirklich an die Kultur heranzuführen.

Die Wirtschaftsrechnung der sozialistischen Planwirtschaft kann nur auf der Arbeitswertlehre aufgebaut werden. Im Zentrum der Theorie der kapitalistischen Wirtschaft steht die Lehre vom Markt, vom Absatz und von der Konkurrenz. Im Zentrum der Theorie der sozialistischen Planwirtschaft steht die Produktion, die Arbeit und die technische Organisation der Wirt-

¹³ Röpke l. c., S. 250.

schaft, denn der Absatz ist in der sozialistischen Wirtschaft kein wirtschaftliches, sondern bloß ein technisch-organisatorisches Problem.

Natürlich muß auch die Wirtschaftsrechnung der Planwirtschaft die Bedürfnisse des Einzelnen beachten, indem bei der Wirtschaftsplanung vom Existenzminimum ausgegangen werden muß. Aber die Wirtschaftsrechnung der Planwirtschaft kann, im ganzen gesehen, nur von der Menge, Qualität und Leistungsfähigkeit der vorhandenen Arbeitskräfte ausgehen. Diese Arbeitskräfte müssen so zweckmäßig als nur möglich verteilt werden, damit ein möglichst hoher Produktionsertrag erzielt wird und möglichst viele Güter verteilt werden können. An Stelle der kapitalistischen Verkehrswirtschaft tritt im Sozialismus mit der Planwirtschaft die *Bedarfsdeckungswirtschaft*: solange theoretisch die Wirtschaftslehre auf dem Boden einer Werttheorie steht, welche die Wirtschaftlichkeit durch das subjektive Bedürfnis sichert, ist die Sicherstellung der gesellschaftlichen Bedürfnisse unmöglich; mit dem Übergang zur Bedarfsdeckungswirtschaft verliert die vom Bedürfnis ausgehende Grenznutzenlehre ihre theoretische und praktische Bedeutung, weil die Sicherstellung der Bedürfnisse nur durch eine zweckentsprechende Arbeitsteilung verwirklicht werden kann.

Sind die Bedürfnisse der Normalfamilie auf der Basis des Normalverbrauches durch den Produktionsplan (Anbauplan der Landwirtschaft, Export- und Importplan des Außenhandelsamtes, Produktionsplan des Inlandgewerbes und der Inlandindustrie) gesichert, so kann der Rest der verfügbaren Arbeitskräfte für die Zwecke der Erweiterung und Verbesserung des Produktionsapparates, zur Schaffung von Reserven zum Ausgleich von Ernte- und Produktionsschwankungen, zur Mehrung des Verbrauches von Konsumgütern durch Austausch mit wertvollen Gütern anderer Länder auf dem Weltmarkte und zur Hebung der kulturellen Leistungen eingesetzt werden.

Die Wahlfreiheit der Konsumenten innerhalb der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ist eine theoretische Chimäre. Nur ein verhältnismäßig kleiner Sektor der Gesamtproduktion deckt wirklich der freien Wahl unterstehende Bedürfnisse. Damit ist aber auch gegeben, daß die Organisation der Wirtschaftsrechnung in der sozialistischen Planwirtschaft ohne weiteres möglich und durchführbar ist. Die Organisation der sozialistischen Planwirtschaft kann organisch auf den Ergebnissen der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aufbauen: Ausbau der Wirtschaftsstatistik, Ausbau der Berufsberatung und Förderung der Berufsbildung, Schaffung von zweckmäßigen Rahmenorganisationen für die einzelnen Produktions- und Handelszweige sind einige der Voraussetzungen, welche eine zweckmäßige Wirtschaftsrechnung und Wirtschaftsplanung erlauben werden. Sogar eine gewisse Differenzierung der Einkommen kann planwirtschaftlich ohne weiteres einkalkuliert werden, wobei grundsätzlich die *Bewertung der höher qualifizierten Arbeit entsprechend den erhöhten Ausbildungskosten* erfolgen kann.

In der Wirtschaftsrechnung der sozialistischen Planwirtschaft bestimmt der Normalverbrauch der Normalarbeiterfamilie den Produktionswert. Die Arbeitsleistung muß in Arbeitsstunden derart bemessen sein, daß dieser Normalverbrauch erzeugt wird. In der sozialistischen Planwirtschaft

existiert das Problem der Arbeitslosigkeit nicht, da jede Arbeitskraft einkommensmäßig gesichert ist. Sind in einem Produktionszweig überschüssige Arbeitskräfte vorhanden, so können diese ohne zusätzliche Kosten — im Gegensatz zu den gesellschaftlich so belastenden Kosten der kapitalistischen Fehlrationalisierung — auf andere, eventuell neue Produktionszweige umgeteilt oder umgeschult werden. Mit andern Worten, kapitalistisches Profitdenken und gesellschaftliches Gesamtinteresse können in der sozialistischen Planwirtschaft nicht mehr zum nur durch die Krise lösbaren Widerspruch führen: die sozialistische Planwirtschaft wird auch gerade wegen der Wirtschaftsrechnung in Arbeitskräften eine *krisensfreie Wirtschaft* sein.

Demokratie nur für Demokraten?

Von H u g o K r a m e r

So viel man heute von Demokratie spricht — im Grunde glauben auch unter ihren Bekennern die meisten nicht mehr so recht an sie. «Glauben» hier in seinem eigentlichen Sinn verstanden: nicht als unbestimmtes und unverbindliches Annehmen irgendeines unbeweisbaren Satzes, sondern als tätiges Vertrauen auf eine in unserem Leben wirksame Kraft, mit der wir alle Tage arbeiten.

Oder wer möchte behaupten, daß wir der Demokratie dieses selbstverständliche und rückhaltlose Vertrauen entgegenbringen? Sind wir nicht vielmehr von schwächerem oder stärkerem Mißtrauen in ihre Wirksamkeit erfüllt? Ist es bei unseren Erörterungen über Demokratie — wobei hier der Einfachheit halber Demokratie sowohl als Freiheit *im* Staat (Selbstregierung) wie als Freiheit *vom* Staat (Menschen- und Bürgerrechte) genommen werden soll — nicht vielfach so, daß wir zuerst mit schöner «Grundsätzlichkeit» bekennen: Selbstverständlich, die Demokratie — das ist die für uns einzig mögliche staatliche Lebensform, um dann sofort hinzuzufügen: Aber natürlich nur die maßvoll und verständig gebrauchte Demokratie; ihren *Mißbrauch* lehnen wir entschieden ab!

In zwei Formen drückt sich gegenwärtig diese «maßvolle» Demokratie besonders deutlich aus. Einmal in jener Staatspraxis, die die Demokratie auf sogenannte *normale* Zeiten beschränkt wissen will, für «abnormale» Zeiten aber, vor allem für Kriegszeiten, irgendein autoritäres Regiment als das gegebene ansieht, in Anpassung der Staatsverfassung also an die Militärorganisation, die auch keine Demokratie kennt. Man sagt wohl, die innere Freiheit müsse in solchen Fällen mehr oder weniger preisgegeben werden, damit man die äußere Freiheit retten könne, die schließlich für die Bewahrung der inneren Freiheit in späteren Zeiten die erste Voraussetzung sei. Und das Richtige an dieser Behauptung soll auch keineswegs bestritten werden; der Freie kann sich zeitweilig gewiß seiner Freiheit entäußern und sich einem selbstgewählten Zwang unterwerfen, um nicht unterzugehen, ohne deswegen innerlich die Freiheit zu opfern. Allein die Freiheitsbeschränkung darf niemals die geistigen und sittlichen Kraft-